

Dominicans for Justice and Peace, Franciscans International und Pax Romana fordern die Regierung von Sri Lanka dazu auf:

1. Die Menschenwürde der Einwohner Sri Lankas zu respektieren und zwar unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft.
2. Den humanitären Hilfsorganisationen und anderen humanitären Akteuren den ungehinderten Zugang zu den Flüchtlingslagern zu erteilen, damit die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Wasser, sanitären Anlagen, Zelten und anderen notwendigen Bedürfnissen unmittelbar gesichert werden kann.
3. Den Schwerpunkt auf die Zusammenführung von Familien der Binnenflüchtlinge in den Flüchtlingslagern zu legen durch Erstellung von Datenbanken in allen Flüchtlingslagern. Die Regierung von Sri Lanka soll eine friedliche Bewegung von Binnenvertriebenen garantieren, vor allem bei den Bemühungen, die Familien zusammenzuführen.
4. Die Regierung soll für eine bessere Versorgung der schwächsten Gruppen, vor allem der Kinder, Waisenkinder, Schwangeren, Personen mit körperlicher Behinderung und älteren Menschen, sorgen.
5. Zusicherung der Rückkehr und Neuansiedlung von allen Binnenflüchtlingen und Unterstützung beim Wiederaufbaus des Landes.
6. Untersuchung von Vorwürfen gegen Menschenrechtsverletzungen in den Flüchtlingslagern und Ergreifen von notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Menschenrechte der Binnenflüchtlinge. Sicherstellung, dass die Flüchtlingslager ausschließlich von Zivilisten geleitet werden und das Militär nur aus Sicherheitsgründen in den Flüchtlingslagern präsent ist.
7. Zulassung von unabhängigen Beobachtern in den Flüchtlingslagern zur Kontrolle der Situation in den Flüchtlingslagern, um die Menschenrechte der Binnenflüchtlinge weitestgehend zu garantieren.
8. Schutz derjenigen Personen, die andere Ansichten haben und der Regierung kritisch gegenüber stehen, und der Personen, die sich für die Menschenrechte einsetzen.
9. Aufhebung des Terrorgesetzes „Prevention of Terrorism Act“ und der Notstandregelungen „Emergency Regulations“.
10. Gerichtliche Untersuchungen sowie strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung im Falle von Menschenrechtsverletzungen, die seit 2006 berichtet werden, vor allem bei Tötungsdelikten und Entführungen und insbesondere bei den bereits in den Medien bekannten Fällen, wie die Tötung von 17 Mitarbeitern der französischen Hilfsorganisation Action Contre le Faim (ACF), Tötung von 2 freiwilligen Mitarbeitern von Red Cross, die Entführung von Pater Jim Brown, Tötung von Ven. Nandarthana Theoro, Pater Pakiaranjith und Pater Karunaratnam, Überfälle auf katholische Kirchen in Pesalai und Allaipiddy, Massaker an 5 Studenten am Trincomalee Strand und andere.
11. Sofortige Bekanntgabe des Ortes, an dem sich die 3 Ärzte befinden, die Tausende verletzte Zivilisten in der Konfliktzone bis zum 15. Mai behandelt haben und jetzt von der Ermittlungsabteilung für terroristische Straftaten (Terrorist Investigation Department) in Isolierhaft festgehalten werden und Gewährleistung des Zugangs zu Rechtsanwälten und des Kontaktes zu den Familienmitgliedern.
12. Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen für den Konfliktausbruch durch einen Versöhnungsdialog mit allen an dem Konflikt beteiligten Akteuren. Die Regierung soll garantieren, dass alle Konfliktopfer in gleicher Weiser in den Versöhnungs- und Wiederaufbauprozess einbezogen werden, auch diejenigen, die von dem jüngsten Konflikt betroffen waren.